

Der folgende Text stammt aus meinem Buch

„Wir können es schaffen. Anstiftung zum Neuanfang“, das 1997 erschienen ist.

*Jetzt oder nie, immer mit der Ruhe*

*Für einen vernünftigen Fahrplan in die Europäische Union*

Es war einmal eine junge Wirtschaftsprofessorin, engagiert, motiviert und unabhängig. Wir schrieben das Jahr 1992, und die Ratifizierung der Beschlüsse von Maastricht stand an. Die Wissenschaftlerin hatte die darin enthaltenen Pläne zur Wirtschafts- und Währungsunion intensiv studiert und mochte es nicht glauben, dass sie umgesetzt werden sollten. In ihrer Not als Bürgerin und Fachfrau wandte sie sich an einen befreundeten Kollegen. Statt sich Heulen und Zähneklappern hinzugeben, begannen die beiden, ein Manifest zu entwickeln, in dem sie all ihre Sorgen und Bedenken in elf Punkten fein säuberlich auflisteten. Ruhig, sachlich und ohne böse Worte. Als die Arbeit getan war, schickten sie das Papier denen, die sie kannten im Land, und baten um deren Meinung. Wie groß waren Freude und Genugtuung, als einige der Angesprochenen sogar kundtaten, sich selbst bereits mit einer solchen Idee getragen zu haben. Die beiden waren ihnen lediglich zugekommen. Es war wie ein Steinwurf ins Wasser: Die Gedanken aus dem Manifest zogen Kreise. Schließlich hatte 62 Wirtschaftswissenschaftler – darunter viele ökonomische Hochkaräter mit internationaler Reputation – das Papier unterschrieben, die meisten, ohne voneinander zu wissen. So kam eine sehr heterogene Gruppe zusammen, die bei kaum einem anderen Thema einer Meinung war. Aber hier zogen sie alle an einem Strang. Als das Manifest mit all den Unterschriften in den Zeitungen zu lesen stand, da meldeten sich noch mehr Gelehrte und wollten wissen, warum man sie nicht auch befragt habe. Sie hätten mit Wonne ebenso unterschrieben. Aber nun passierte folgendes. Die Unterzeichner wurden alsbald wüst beschimpft. Vor allem aus dem Lager der Politik, der exportierenden Industrie und der Großbanken warf man ihnen vor, der Kleinstaaterei das Wort zu reden, bezeichnete sie als Anti-Europäer und Nationalisten. Manch einer der Wirtschaftswissenschaftler verstand die Welt nicht mehr und fragte sich, warum es nicht möglich sein sollte, über die Einführung eines Europageldes gesittet Argumente auszutauschen?

Diese Frage kann man sich getrost bis zum heutigen Tage stellen. Denn immer noch beherrschen Beschimpfungen und Unterstellungen die Diskussion um den Euro. Dabei ist die Arroganz mancher Politiker kaum noch zu ertragen. Wir

leben nicht mehr zu Zeiten Ludwigs XIV., wo Denk- und Redeverbote herrschten. Politische Führer heutzutage sollten es sich nicht leisten können, „ihr Volk“ für blöd zu erklären, nur weil es nicht bereit ist, ihnen ohne Murren zu folgen. Hier eine kleine Auswahl der Zumutungen. Fangen wir mit dem Bundeskanzler an. In einer Fernsehsendung am 22. Juni 1997 winkt Helmut Kohl in einem Interview gleich ab, als es um Bedenken gegen den Euro geht, und sagt mit einer Miene, die keinen Widerspruch duldet sinngemäß: Das versteht im Ausland kein Mensch, diese innerdeutsche Diskussion nehmen sie hier gar nicht zur Kenntnis (gemeint war die Versammlung der Regierungschefs in Amsterdam). Es fehlte nur noch der Satz. Nun hört schon endlich auf mich zu nerven. CDU-Generalsekretär Peter Hintze lullt im Mai 1997 die Zuschauer einer Talkshow mit dem Vorteil eingesparter Gebühren beim Währungsumtausch ein, macht völlig aus der Luft gegriffene Arbeitsplatzrechnungen auf und versteigt sich schließlich zu dem Satz: „Für den Euro treten sehr, sehr viele Menschen ein, Professoren, Bankexperten, Manika Wulff-Matthies, die frühere ÖTV-Chefin, jetzt für uns in Brüssel, Helmut Schmidt, unser Altkanzler, im Grunde alle, egal welcher Generation, wenn sie sich mit dem Thema beschäftigt haben.“ Das bedeutet im Umkehrschluss nichts anderes, als dass sich die der ökonomischen Zunft angehörender Kritiker des Euro mit diesem Thema nicht beschäftigt haben, sondern nur irgendwelche diffusen Ängste nachplappern oder verantwortungslosen Populisten aufgesessen sind. Ich würde auch gerne wissen, ob der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) oder der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) tatsächlich von Zweifeln geplagt werden oder ob ihre Euro-Sorgen mehr mit wahltaktischen Spielchen zusammenhängen. Aber es ist voll daneben, diese beiden – ohne sich auch nur ansatzweise inhaltlich mit ihnen auseinanderzusetzen – zum Abschuss freizugeben, weil sie für eine Verschiebung des Starttermins plädieren. Was reitet den sonst so besonnenen F.D.P.-Chef Wolfgang Gerhardt, wenn er Stoiber daraufhin „Anti-Euro-Populismus“ vorwirft und wieder eine Bekenntnisfrage für oder gegen Europa daraus macht? Was ist in Helmut Haussmann gefahren, den europapolitischen Sprecher der F.D.P.-Fraktion, wenn er ebenfalls im Mai 1997 in einer Fernseh-Diskussionssendung auf die Frage, ob er die Bedenken und Ängste nachvollziehen könne, jovial verkündet: „Das verstehe ich voll. Der Euro ist ein gutes Produkt, aber hat bisher eine schlechte Werbung gehabt.“ Was hat der Mann für Vorstellungen? Alle Kritiker nur tumbe Toren, denen man lediglich rechtzeitig bunte Bildchen und fetzige Sprüche hätte anbieten müssen? Ohne Scheu stellt Haussmann in dieser Sendung fest, dass sich hinter den

Befürwortern einer Euro-Verschiebung „viele Gegner der Währungsunion“ verbergen, und schreckt nicht einmal vor dem geschmacklosen Vergleich mit einer Schwangerschaft zurück. „Sie können jetzt nicht im achten Monat eine Schwangerschaftsunterbrechung einleiten.“ Es ist mir zu primitiv, innerhalb dieses Bildes weiter zu argumentieren, aber was damit gemeint ist, läuft auf eine grenzenlose politische Unverfrorenheit hinaus: Wir müssen nur geschickt genug vollendete Tatsachen schaffen, dann können wir uns die demokratische Legitimation schenken.

Zurück zu den Anfängen. Beim Euro kann sich – im Gegensatz zur Rechtschreibreform – kein Politiker damit herausreden, die Kritiker seien erst mit jahrelanger Verspätung aufgewacht. Die waren gleich zu Beginn hellwach. Sie mussten sich allerdings kräftig wehren, weil immer wieder versucht wurde, sie schlafen zu schicken. Die Wissenschaftler, unter denen sich auch der ehemalige SPD-Superminister Professor Karl Schiller (1971/72 sowohl Wirtschafts- als auch Finanzminister) befand, sahen es als ihre Pflicht an, frühzeitig die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, dass die Maastricht-Beschlüsse schwerwiegende ökonomische Fehlentscheidungen enthielten, die auch mit Hinweis auf das politische Ziel einer europäischen Union nicht zu rechtfertigen seien, und „dass eine eventuelle Ratifizierung entgegen ökonomischem Rat und Sachverstand getroffen würde.“ So stand es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11. Juni 1992 zu lesen. Und weiter: „Die grundlegenden, ordnungspolitischen, ökonomischen und fiskalischen Folgen werden nach Ansicht der Professoren wissentlich oder unwissentlich ignoriert, obwohl sie zu einer einschneidenden Veränderung von bisher als unverzichtbar erachteten Gestaltungsprinzipien der Wirtschafts- und Währungsordnung in Deutschland führen werden.“ Kurz gefasst: Ihr Politiker rennt sehenden Auges oder blind in eine Situation, die unser aller Leben in seinen Grundfesten nachhaltig erschüttern wird. Die Frage schließt sich an: Dürft ihr das so ohne weiteres? Seid ihr dazu – von allen ökonomischen Überlegungen abgesehen – ausreichend demokratisch legitimiert?

Die 1992 im Manifest abgehandelten Kritikpunkte besagen im wesentlichen – ohne an dieser Stelle zu sehr ins Detail zu gehen – folgendes: Eine stichtagsbezogene Erfüllung einzelner Kriterien reicht als Vorbedingung nicht aus. (Die haben damals schon die „kreative Buchführung“ kommen sehen...) Die Europäische Zentralbank ist zwar formal einigermaßen unabhängig, aber eine Preisstabilität innerhalb Europas kann sie schon deshalb gar nicht schaffen, „weil es für sie aufgrund unterschiedlicher Interessen der nationalen

Entscheidungsträger keinen genügend starken Anreiz gibt, dies zu wollen“. (Als hätten sie gehnt, dass Frankreich eine Wirtschafts-Gegenregierung etablieren möchte, um nicht von „unabhängigen“ Währungshütern abhängig zu sein, die auch noch in Frankfurt sitzen sollen...) Außerdem hat Preisstabilität in Deutschland aus historischen Gründen einen viel höheren Stellenwert als in anderen Ländern. Solange darüber in Europa unterschiedliche Auffassungen herrschen, wird es schwerlich zu einer gemeinsamen Geldpolitik kommen, die dem Stabilitätsziel verpflichtet ist. Zumal insbesondere in den mediterranen Ländern die Ansicht vorherrscht, es sei Aufgabe der Notenbank, eine expansive Finanz- und Lohnpolitik zu finanzieren. Mit „hohen Transferleistungen im Sinne eines ‚Finanzausgleichs‘“ ist zu rechnen, weil die Unterschiede zwischen den Partnerländern zu groß sind. Oder anderes gesagt: weil es in einer Währungsunion kein elastisches Wechselkursscharnier mehr gibt. Im derzeitigen System kann ein Land, dessen Wettbewerbsfähigkeit wegen aggressiver Lohnpolitik Schaden genommen hat, gegensteuern, indem es seine Währung abwertet. Ist dies nicht mehr möglich – und in der Währungsunion ist es ausgeschlossen –, verliert das Land Arbeitsplätze und wird von den anderen finanzielle Unterstützung fordern. „Da bisher noch keine Vereinbarungen über die Struktur einer politischen Union existieren, fehlt hierfür jedoch ein demokratisch hinreichend legitimierte Regelungssystem.“ Und das ist auch 1997 nach wie vor nicht in Sicht. Das Manifest schließt mit den Worten: „Zur Zeit gibt es kein ökonomisch zwingendes Argument dafür, von oben eine monetäre Einheit auf ein wirtschaftlich, sozial und interessenpolitisch noch uneiniges Europa zu stützen. Die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes benötigt oder erzwingt keineswegs eine gemeinsame europäische Währung. Die überhastete Einführung einer Europäischen Währungsunion wird Westeuropa starken ökonomischen Spannungen aussetzen, die in absehbarer Zeit zu einer politischen Zerreißprobe führen können und damit das Integrationsziel gefährden. Die Beschlüsse von Maastricht, nicht die Kritik an ihnen, gefährden ein konfliktarmes Zusammenwachsen in Europa.“ Statt dessen behauptet der Bundeskanzler nach wie vor hartnäckig, Euro und politische Union seien Garanten für den Frieden.

Bei den beiden Initiatoren des oben erwähnten Manifestes aus dem Jahr 1992 handelt es sich um Renate Ohr, die Professorin für Volkswirtschaftslehre am Lehrstuhl für Außenwirtschaft der Universität Hohenheim, und Wolf Schäfer, Professor für Theoretische Volkswirtschaftslehre an der Bundeswehr-Universität in Hamburg. Ich habe mich mit Renate Ohr in Verbindung gesetzt. Auf das Manifest angesprochen, meint sie gleich, dass die Zahl der Maastricht-Gegner

sehr viel höher ausgefallen wäre, wenn sie damals flächendeckend gefragt hätten. „Wir haben nur eine sehr kleine Zahl von Kollegen informiert, eine Zeitlang den Schneeballeffekt abgewartet und dann bald aufgehört“, erzählt sie. Wenn sie das Rad der Geschichte zurückdrehen könnte, würde sie systematischer vorgehen und einen größeren Kreis ansprechen.

Zur Vorbereitung auf unser Gespräch hatte ich auch Aufsätze und Artikel von ihr gelesen und war immer wieder über den Begriff „gemeinsame Geldpolitik“ gestolpert. Darüber werde viel zu wenig geredet – dieser Vorwurf zog sich nahezu durch alle ihre Publikationen, die ich durchgearbeitet hatte. Warum ist das so? Gibt es ein politisches Interesse, diesen Aspekt auszublenden, und worum geht es überhaupt? Renate Ohr setzt mit ihrer Antwort sehr hoch an und bombardiert mich mit Begriffen wie Rediskontpolitik, die es in Deutschland gebe, in manch anderen europäischen Ländern überhaupt nicht. Bevor sie dazu kommt, mir weitere Instrumente der Geldpolitik aufzuzählen, drängele ich mich mit einer Frage dazwischen: „Herr Meier und Frau Müller verbinden in der Regel mit dem Euro ganz andere Befürchtungen. Der ‚Normalbürger‘ kommt wahrscheinlich gar nicht auf die Idee, dass eine zentrale europäische Geldpolitik auch ein Problem sein könnte. Fällt Ihnen ein konkretes Beispiel ein, um die Auswirkungen für Herrn Meier und Frau Müller zu illustrieren?“ Da muss sie nicht lange nachdenken. In Deutschland sind Sparguthaben weiter verbreitet als Wohnungseigentum. Das bedeutet: Wenn die Zinsen steigen, ist das für die meisten gar nicht so unangenehm. „In Großbritannien hingegen“, sagt sie, „haben die meisten Bürger ein Häuschen, vielleicht ein kleines und nicht so toll, aber immerhin ein Häuschen mit ‘ner Hypothek drauf.“ Jetzt wird die Sache klar: In diesem Fall freut sich niemand über steigende Zinsen, denn die reduzieren das verfügbare Einkommen. Mit derselben Maßnahme erreiche man also höchst unterschiedliche Ergebnisse. „Das gleiche gilt für den Unternehmensbereich“, ergänzt Renate Ohr. In Deutschland sei es in der Regel so, dass ein Unternehmer einen langfristigen Kredit aufnehme und mit seiner Bank einen festen Zins für diesen Zeitraum verabrede. Das heißt, für den deutschen Durchschnittsunternehmer sind die langfristigen Zinsen entscheidend. In Großbritannien oder in Italien sei es eher üblich, die Zinsen von Jahr zu Jahr festzulegen. Das heißt, für den britischen Unternehmer sind die kurzfristigen Zinsen von Bedeutung. Wenn sich kurz- und langfristige Zinsen immer in die gleiche Richtung bewegten, wäre das kein Problem, aber es gibt immer wieder Phasen, in denen der eine Zins steigt, während gleichzeitig der andere sinkt und umgekehrt. Was dem einen Land nutzt, schadet dem anderen, weil sich unterschiedliche Verhaltensweisen herausgebildet haben.

„Wenn zum Beispiel bei uns die Bundesbank den Diskontsatz erhöht, weil sie Angst vor Inflation hat“, erklärt Renate Ohr weiter, „dann steigen die kurzfristigen Zinsen. Aber die Wirtschaft geht davon aus, aha, die Bundesbank schafft es, die Inflation zu senken, und dann gehen die langfristigen Zinsen im allgemeinen runter, weil dort ja die Inflationserwartungen mit einfließen. Unsere Wirtschaft würde diese Politik vielleicht nützen (weil die kurzfristigen Zinsen hoch und die langfristigen runtergehen), aber der britischen Wirtschaft würde der gleiche Mechanismus schaden.“ Die Frage ist, wie werden solche Entscheidungsprozesse ablaufen bzw. wer wird sich im Endeffekt warum durchsetzen? Klar ist nur eins: Eine gemeinsame Geldpolitik wirkt sich unterschiedlich aus. Wovon die einen profitieren, darunter leiden die anderen. Diese gegenläufigen Strukturen müssen zwar nicht auf ewig so bleiben, aber derzeit sind es Fakten, die eine historische Wurzel haben: Dass in Großbritannien und Italien der kurzfristige Zins entscheidend ist, liegt an der hohen Inflation, die dort lange Zeit herrschte. Der Kreditgeber hat kein Interesse daran, sein Geld langfristig zu verleihen, weil die Inflation den Wert auffrisst. Sobald in diesen Ländern die Inflationsrate nachhaltig sinkt, werden langfristige Kredite einen höheren Stellenwert bekommen. Oder andersherum: Wenn die Inflationsrate bei uns steigt, dann werden auch wir uns mehr für kurzfristige Kredite interessieren. Nur die Annäherung, die Konvergenz, stellt sicher, dass sich ein und dieselbe Maßnahme nicht unterschiedlich auswirkt. Deshalb ist die strikte Einhaltung der Konvergenzkriterien so wichtig.

Welches sind die Hauptargumente der Verfechter eines pünktlichen Euro-Starts, frage ich Renate Ohr, die über die Zahl der Podiumsdiskussionen, an denen sie teilgenommen hat, keine Angaben mehr machen kann. An erster Stelle wird immer wieder die einmalige Chance genannt, die womöglich nie wiederkehrt. Sie dreht den Spieß um: „Wenn das tatsächlich befürchtet wird, dass bei einer Verschiebung alle ihre Stabilitätsbereitschaft wieder verlieren und aus der Sache dann deshalb nichts wird, weil der Druck weg ist – dann sind wir wirklich noch nicht soweit.“ Im Grunde haben diese Befürchtungen nach dem Motto „jetzt oder nie“ tatsächlich etwas Entlarvendes. Wenn wir jetzt verschieben, so leitete ein Anhänger des pünktlichen Starts seinen Lieblingsvergleich ein, dann ist das so, als sage man einem Marathonläufer kurz vor dem Ziel, er müsse noch drei Kilometer weiter laufen. Da kann ich nur sagen: Ja und? Wenn wir das Ziel – den Eintritt in die Währungsunion – bloß mit allerletzter Kraft erreichen und glauben, uns dann ausruhen zu können, dann sind wir tatsächlich auf dem falschen Dampfer. Denn dann geht es doch überhaupt erst los.

Um genau das zu verhindern – das Zurücklehnen und Abschlaffen nach dem 1. Januar 1999 -, wollte insbesondere Deutschland Sicherungen einbauen. Ursprünglich war beabsichtigt, Staaten, die nach dem Zieleinlauf glauben, vorher getroffene Vereinbarungen ignorieren zu können, nach festen Regeln mit Sanktionen zu belegen und finanziell zu bestrafen. Dann hat man sich allerdings anders geeinigt: Nicht feste Spielregeln entscheiden über die Strafen, sondern Politiker von Fall zu Fall an Runden oder Grünen Tischen. Selbst wenn das ursprüngliche Konzept durchgesetzt worden wäre – die gute Absicht wird sich so lange nicht durchsetzen lassen, wie wir es mit souveränen Staaten zu tun haben. Und das wird – trotz allem – noch lange der Fall sein.

Wie bei anderen in diesem Buch behandelten Themen stoßen wir auch hier auf das Phänomen, dass die öffentlich geäußerte Meinung einzelner Entscheidungsträger von ihrer privaten abweicht. Wer wollte es wagen, als Mitglied der Europäischen Kommission oder auch des Europäischen Parlaments am pünktlichen Beginn des Euro zu zweifeln? Innerhalb der CDU lassen sich diejenigen, die Bundeskanzler Kohl widersprechen, an einer Hand abzählen – höchstens an zweien. Bei der F.D.P. und schon gar bei der SPD gehört das Euro-Bekenntnis dazu, um sich als guter Europäer auszuweisen. Und wenn Bundeskanzler und Bundespräsident aus dem pünktlichen Start des Euro eine Frage von Krieg und Frieden machen – wer wollte sich da als Kriegstreiber hinstellen lassen? Dieser im Grunde recht gut funktionierende Automatismus war der EU-Kommission aber noch zu unsicher. Sie wollte in ganz Europa 250 Wissenschaftler und Wirtschaftsexperten dazu verpflichten, in Aufklärungskampagnen das Vertrauen in den Euro zu stärken. In den entsprechenden Verträgen heißt es wörtlich: „Sie werden insbesondere auf jede persönliche oder subjektive Interpretation der Kommissions-Informationen verzichten.“ Auch „dürfen Sie keine Ansichten äußern, die denen der Kommission widersprechen“. 80 der 250 Eingeladenen lehnten diesen Maulkorbvertrag ab. 170, darunter 29 aus Deutschland, haben ihn unterschrieben. Renate Ohr wundert das nicht. Sie regt sich in dem Zusammenhang über eine Studie eines bekannten Wirtschaftsinstituts auf, in der von immensen Einsparungen durch den Euro die Rede ist. „Aber schauen Sie sich den Auftraggeber an“, meint sie, „das war die Europäische Kommission. Und wenn das Institut auch künftig Aufträge von der Europäischen Kommission haben will, dann weiß man schon, was rauskommt.“ Wenn solche Geschütze aufgefahren werden müssen, kann es um die Qualität der Argumente nicht so gut bestellt sein.

Obwohl einerseits immer wieder verkündet wird, der Euro sei genauso stark wie die D-Mark, alles andere komme gar nicht in Frage, reiten die Befürworter andererseits auf der Behauptung herum, ein schwächerer Euro sei gar nicht so schlecht. Die Mark ist viel zu stark, heißt es, und schadet dem Export. In gewissen Grenzen sei das sicher richtig, meint Renate Ohr, aber in seiner Bedeutung viel zu hoch gehängt. Sie erinnert sich an eine Situation vor zwei, drei Jahren, als die Lira so billig war. Da hätten sich die deutschen Maschinenbauer „immens beklagt“, weil ihre Geschäfte schlecht liefen. „Die brauchten einen Schuldigen“, sagt sie, „und es ist immer schön, dann sagen zu können, das liegt an der Währung.“ Tatsache sei, dass sich die italienischen Maschinenbauer zu ernstzunehmenden Konkurrenten entwickelt hätten und einfach produktiver geworden seien. Wenn man die Wirtschaftsnachrichten verfolgt, muss man in der Tat den Eindruck gewinnen, dass die größten Verluste bei Firmen keinesfalls von Managementfehlern verursacht werden, sondern auf Wechselkursschwankungen vor allem beim Dollar zurückzuführen sind.

Renate Ohr warnt davor, die Vorzüge einer schwächeren Währung zu überdrehen. Denn eine schwache Währung birgt in sich immer die Gefahr, dass sie als Abwertungskandidat gilt. Dieses Risiko zeigt sich in der Höhe der Zinsen. Wenn ich einen Kapitalanleger dazu bringen möchte, sein Geld in eine relativ schwache Währung zu stecken, dann muss ich ihm wenigstens hohe Zinsen bieten. „Und wenn wir eine schwache D-Mark bekommen oder einen schwachen Euro, dann werden die Zinsen bei uns steigen, und das schadet der Wirtschaft natürlich auch wieder.“ Im Grunde haben alle recht, diejenigen, die vom Exportnachteil durch eine starke Mark reden, ebenso wie diejenigen, die vor den hintergründigen Gefahren einer schwachen Währung warnen. Falsch werden die Argumentationen dann, wenn sie die Vor- bzw. Nachteile der Gegenposition vollständig ignorieren.

Tatsache ist jedenfalls, dass Deutschland innerhalb der Europäischen Union immer das niedrigste Zinsniveau hatte. „Dass die anderen höhere Zinsen zahlen mussten“, sagt Ohr, „lag daran, dass deren Währung nicht so stabil war.“ Das leuchtet auch währungspolitischen Laien ein: Wo die Geldanlage sicher ist – und dazu gehört auch die geringe Inflation und die Stabilität einer Währung –, kann ich nicht erwarten, besonders hohe Zinsen zu kassieren. Renate Ohr spinnt das Szenario weiter: „Wenn der Euro gegenüber dem Dollar abwertet, dann wäre das für uns auch deshalb sehr schlecht, weil wir alle unsere Rohstoffe importieren müssen und in Dollar bezahlen.“ Man kann es drehen und wenden, wie man will, die Fixierung auf die Vorteile durch eine „etwas schwächere“

Währung als jetzt, die für den Export so erstrebenswert sein soll, hilft nicht weiter. „Im Gegenteil“, setzt Renate Ohr noch mal nach, „für unsere gesamte Volkswirtschaft ist ein eher billiger Dollar vergleichsweise besser. Das wird oft falsch gesehen. Für die Automobilindustrie mag das anders sein, aber für die gesamte Volkswirtschaft ist es günstiger, wenn der Dollar nicht so teuer ist.“

Im Grunde läuft in der Argumentation ohnehin einiges quer: Während ein Teil der glühenden Verfechter eines pünktlichen Euro-Beginns die Gefahren eines schwachen Euro herunterspielt, legt der andere Teil gesteigerten Wert auf die Feststellung, dass der Euro selbstverständlich genauso hart werde, wie es die Mark jetzt sei. Selbst angesichts der Tatsache, dass für wirtschaftliche Prozesse nicht nur Zahlen, sondern vor allem Erwartungen ausschlaggebend sind – der Aktienmarkt lebt von Stimmungen und Psychologie -, ist diese Behauptung reichlich dreist. Wenn ich unterschiedlich starke Währungen zusammenbinde, kann ich seriöserweise nicht davon ausgehen, dass die stärkste Währung das künftige Niveau bestimmt. Das wird sich irgendwo im Mittelfeld einpendeln. Für den Normalbürger, der bislang eine starke Währung sein eigen nennen konnte, bedeutet das Abwertung von Lohn- und Rentenansprüchen, Abwertung von Vermögen. Das Gespenst einer Superinflation steht zwar nicht zur Debatte, und Verluste im Stile einer Währungsreform sind mit absoluter Sicherheit in das Reich der Fabel zu verweisen. Aber warum sagt den Bürgern niemand, dass eine höhere Inflationsrate zu erwarten ist, als wir sie jetzt haben. Vielleicht würde das manche gar nicht stören, wenn ihnen übergeordnete Gesichtspunkte einleuchteten.

Wie sehr liegt das, was man Streitkultur nennt, im argen, wenn man in Deutschland nach wie vor Gefahr läuft, wegen kritischer Einwände zum Euro in die Nähe des österreichischen Nationalpolitikers Jörg Haider gestellt zu werden – also ins politische Abseits? Und wenn es im deutschen Fernsehen der Stimme des britischen Erfolgsautors Frederik Forsyth bedarf, Bedenken schnörkellos zu formulieren? „Der Euro wird ein Stück Blei sein“, meinte er in einer Diskussionsrunde, nachdem er die Mak als diamanthart bezeichnet hatte. „Warum? Weil sie überall die Ziffern verfälschen, um die Kriterien zu erreichen.“ Auch der nordrhein-westfälische Landeszentralbank-Präsident und Ökonomieprofessor Reimut Jochimsen hatte Ende 1996 fünf europäischen Ländern vorgeworfen, mit Haushaltstricks die Kriterien umgehen zu wollen. Das spielte sich allerdings noch zu Zeiten ab, wo man in Deutschland sicher war, als Musterknabe Maßstäbe setzen zu können. Zwischenzeitlich jonglieren wir ja auch kräftig herum – zur großen Freude unserer europäischen Nachbarn.

Sehr engagiert und emotional macht sich Forsyth, der für seine akribischen Recherchen bekannt ist, zum Anwalt der Skeptiker: „Der pünktliche Start ist zum Abenteuer geworden, zum Casino-Spiel. Und wenn die Währungsunion nicht klappt – der Schaden, besonders für Deutschland, wird unermesslich werden. Die Regierung legt die Häuser, die Arbeit, die Lebensersparnisse des deutschen Volkes auf einen grünen Spieltisch im Casino und hofft, dass es klappt.“

Er kann die Eile nicht begreifen. Warum soll es nicht möglich sein, den Beginn bis 2002 oder noch etwas länger hinauszuschieben und ihn solider vorzubereiten? Ohne Hemmungen gibt er in gebrochenem Deutsch selbst die Antwort: „Ich kann Ihnen sagen, warum das nicht möglich ist, weil Herr Kohl wird nicht dasein in 2002.“ Es ist schwer vorstellbar, dass in heutiger Zeit politische Entscheidungen dieser Tragweite von solchen persönlichen Dingen abhängen sollen. Aber ist es ganz auszuschließen? Dafür geschieht um uns herum zu viel Bizarres, als dass man überhaupt noch etwas ausschließen möchte. Forsyth bohrt weiter: „Wir (damit meint er die Briten) spielen kein russisches Roulett mit unserer Währung, unserem Wohlstand und unserer Wirtschaft.“ Und wieder mit Blick auf die Deutschen: „Sie erben doch die Schulden ihrer Partner! Und es gibt riesige Schulden in Westeuropa. Wer wird das bezahlen?“

Die hochoffizielle Antwort darauf lautet: Unsinn. Der Vertrag sieht vor, dass die Schulden bei den jeweiligen Ländern bleiben, in denen sie entstanden sind. Ein innereuropäischer Schuldenausgleich ist nicht vorgesehen. Soweit die Theorie. Die Praxis sieht der „Laie“ Forsyth genau richtig. Und er bekommt Unterstützung von „Experten“. Auch Rolf Peffekoven, Professor für Finanzwissenschaft in Mainz, Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung, teilt diese Bedenken. In einer Diskussion äußerte er sich ungewöhnlich deutlich: „Im Prinzip ist im Vertrag vorgesehen, dass kein Land für die Schulden eines anderen Landes haften muss. Es ist nur die Frage, ob das im Notfall auch durchzustehen ist. Auch innerhalb von Deutschland muss kein Bundesland für die Schulden eines anderen Bundeslandes haften, als aber Saarland und Bremen in finanzielle Schwierigkeiten kamen, musste der Bund sehr wohl mit einer deftigen Haushaltsnothilfe einspringen.“ Peffekoven geht noch einen Schritt weiter: „Was viel wichtiger ist, es wird dann sofort der Druck auf die anderen Länder kommen, diesem schwachen Land durch Transferzahlungen zu helfen, und es wird auch auf die neue Zentralbank ein Druck entstehen, dann eher eine lockerere Geldpolitik zu betreiben, weil man

nämlich durch lockere Geldpolitik die Belastung durch Schulden natürlich erleichtern kann.“ Alles nur Panikmache? Tatsache ist, dass wir aus einer Währungsunion nicht nach Belieben wieder aussteigen können, wenn wir irgendwann feststellen müssen, dass es leider nicht so geklappt hat, wie unsere Politiker sich das dachten.

Meine nächste Frage an Renate Ohr gilt den Turbulenzen auf den Finanzmärkten, die für den Fall der Verschiebung beschworen werden. „Das kann natürlich sein“, räumt sie ein, „aber es kommt sehr darauf an, wie diese Verschiebung vorgenommen wird.“ Lässt man die Veranstaltung mit einem Eklat enden, dann sind uns die befürchteten Turbulenzen sicher. Erzielt man innerhalb der europäischen Union Einvernehmen über eine geregelte Verschiebung, dann seien Turbulenzen eher unwahrscheinlich. Die Wissenschaftlerin würde folgendermaßen vorgehen: „Wir kehren wieder zum Europäischen Währungssystem mit engen Bandbreiten zurück.“ Das hört sich komplizierter an, als es ist. Das Europäische Währungssystem, kurz EWS genannt, ist so konstruiert, dass man zwar feste Wechselkurse verabredet, aber wenn sich zum Beispiel unterschiedliche Inflationsraten bemerkbar machen, dann werden die Wechselkurse angepasst. Vor allem bei der Lira und dem französischen Franc gab es relativ regelmäßig entsprechende Korrekturen, nämlich Abwertungen, und damit kam man gut zurecht. 1987 haben die europäischen Politiker mit Blick auf die angestrebte Währungsunion beschlossen, diese Korrekturen nicht mehr vorzunehmen, sondern auszuprobieren, was passiert, wenn man die festen Zuordnungen bestehen lässt. Das lief erstaunlicherweise recht gut, obwohl Italien und Spanien deutlich höhere Inflationsraten hatten als beispielsweise Frankreich oder Deutschland. Aber das Vertrauen in das Gelingen einer währungspolitischen Integration in Europa war offenbar so groß, dass dieses Experiment ohne nennenswerte Verwerfungen gelang. Um Missverständnissen vorzubeugen: Geknirscht hat es natürlich immer im Gebälk, aber das Dach hat gehalten. Jedenfalls bewirkte diese Übergangsphase nichts Dramatisches. Als dann 1992 die Maastricht-Diskussion aufkam und deutlich wurde, dass das Fernziel Währungsunion nach dem Willen maßgeblicher Politiker im Schnellverfahren durchgepeitscht werden sollte, lag auf der Hand, dass zuvor noch einmal Wechselkursanpassungen vorgenommen werden müssen. Es war klar, dass die Lira und die Peseta abgewertet werden mussten, es war nur nicht klar, wann genau das sein würde. Also verließen die ersten Anleger die Abwertungskandidaten des europäischen Währungsclubs EWS. Das hat zu einer Krise geführt, denn sobald die ersten rausgehen, ziehen andere Anleger nach, und das System gerät ins Wanken.

Wohlgemerkt: Es war die Politik mit ihrem überhasteten Euro-Wahn, die auf den Devisenmärkten Erschütterungen verursacht hat, es waren nicht die Märkte selbst. 1993 schließlich sah man die Lösung darin, die Bandbreiten innerhalb des EWS zu vergrößern, um das System zu erhalten. Die Leitkurse wurden nicht geändert, stattdessen wurden höhere Schwankungen um die Leitkurse zugelassen. Handfeste wirtschaftliche Ursachen für die Turbulenzen von 1993 gab es eigentlich nicht, sondern es handelte sich eher um eine Vertrauenskrise. Daher war das Festhalten an den bisherigen Leitkursen eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme, und die Erweiterung der Schwankungsbreiten erhöhte das Risiko für Spekulanten.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Gretchenfrage: Wenn die Euro-Verfechter wirklich der Meinung sind, dass eine Währungsunion zum geplanten Zeitpunkt gut funktionieren kann, hätten sie dann nicht schon längst die große Bandbreite wieder verringern müssen? Tun sie aber nicht. Warum? Ist es Trägheit? Oder ist es Sorge vor einem zu engen Korsett? Die Angst, es könnte schon vor der Einführung des Euro deutlich werden, dass die wieder fester gezogenen Verbindungen zwischen den einzelnen Währungen zu bersten drohen, weil sich die verschiedenen Volkswirtschaften eben doch nicht weit genug angenähert haben? Renate Ohr wirft plötzlich ein, dass sie die gesamte Euro-Diskussion für ein gigantisches Ablenkungsmanöver hält. Nach einer seit Jahrhunderten international bewährten Masche: Hast du innenpolitische Probleme, such dir was Außenpolitisches, mit dem du die Medien und die Öffentlichkeit beschäftigst. „Bei den anderen Ländern sind es ja auch nicht unbedingt pro-europäische Gründe“, fährt sie fort und lacht: „Die Franzosen zum Beispiel wollen den Euro, aber nicht aus dem Grund, weil sie uns so liebhaben.“ Sondern? „Weil sie die Dominanz der Deutschen Bundesbank brechen wollen“, sagt sie unverblümt. Es ist kein Geheimnis, dass den Franzosen die Stabilitätspolitik der deutschen Währungshüter schon immer ein Dorn im Auge war. Der Gedanke an ein politisches Schachergeschäft drängt sich auf: ein französisches Ja zur deutschen Vereinigung gegen ein deutsches Ja zur Entmachtung der Bundesbank.

Die schnelle Einführung des Euro ist auch nicht loszulösen von den Sorgen europäischer Nachbarn, unter die Fuchtel des gewachsenen Deutschland zu geraten. Besonders in Frankreich sind diese Befürchtungen sehr ausgeprägt. Ein französischer Kollege beschreibt die Stimmung in seinem Land so: Der Traum Frankreichs ist nicht ein starker Franc, sondern eine schwache Mark. Und mit dem Euro sieht man endlich die Chance, die „widerlich starke Mark“

kaputtzumachen. Die gemeinsame Währung sei auf Wunsch Frankreichs beschlossen worden, um das vereinigte Deutschland fester in die Europäische Union einzubinden. Nach inniger Freundschaft klingt das nicht gerade, eher nach einer gehörigen Portion Misstrauen. Schenkt man entsprechenden Umfragen Glauben, dann handelt es sich bei der heftig beschworenen deutsch-französischen Freundschaft ohnehin eher um einen Mythos. Dafür halten jedenfalls mehr als drei Viertel (77 Prozent) der Bundesbürger, die jünger als 30 Jahre sind, die sogenannten besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. 60 Prozent meinten, die deutsch-französische Freundschaft existiere nur in den Köpfen der Politiker. Nur 28 Prozent hielten diese Freundschaft für den „Ausdruck echter Verbundenheit zwischen den Menschen in beiden Ländern“. Wenn das so ist, empfiehlt es sich umso mehr, unnötige Belastungsproben zu vermeiden.

Die Integration Europas hat einen Punkt erreicht, wo die einzelnen Staaten zunehmend auf ihre Souveränität verzichten müssen, wenn es in dem Tempo weitergehen soll. Dazu sind aber die wenigsten bereit. Es ist in höchstem Maße fahrlässig, dieses zu ignorieren. Das ist viel stärker eine Frage von Krieg und Frieden, als es die pünktliche Einführung einer Einheitswährung sein soll. Je freier man ökonomisch ist, umso gelassener kann man auf Herausforderungen jedweder Art reagieren. Das trifft auf den privaten Sektor genauso zu wie auf den politischen.

Hin und wieder wird den Skeptikern Kleinmütigkeit unterstellt, und man fordert sie auf, nicht zu vergessen, dass in der EG oftmals wirtschaftliche Entscheidungen die politischen beflügelten hätten – und nicht umgekehrt. Anders gesagt: Ein bisschen wirtschaftlicher Zwang, um politische Bewegung reinzubringen, ist nicht das Schlechteste. Auf diesen Hinweis fällt Renate Ohrs Reaktion ganz knapp aus: „Was ökonomisch falsch ist, kann langfristig auch politisch nicht richtig sein.“ Tatsache ist natürlich, dass die Integration Europas bisher so positiv verlaufen ist, weil es ein rein wirtschaftliches Zusammenrücken war. In dem Moment, wo wirtschaftliche Probleme im Gefolge eines politisch erzwungenen Schmusekurses auftauchen, ist auch politischer Zwist nicht weit. „So lieb hat man sich eben doch nicht“, wiederholt Renate Ohr lächelnd, „und es ist immer einfacher, alle Probleme auf den Nachbarn zu schieben.“

Folgendes darf man keinesfalls vergessen: Bisher ist die europäische Integration für die Bürger auf einem qualitativ anderen Weg verlaufen: Man hat liberalisiert und Schranken abgebaut. Der Deutsche, der Franzose, der Italiener und wer auch immer *kann* reisen, *kann* einkaufen, *kann* sein Geld anlegen, *kann* seine

Existenz aufbauen, aber er *muss* nicht. Bislang handelte es sich um Optionen, deren man sich bedienen konnte. Das hatte nichts mit Zwang zu tun, im Gegenteil. Jetzt nimmt man den Menschen das Symbol ihrer eigenstaatlichen Souveränität, die eigene Währung.

Warum wohl haben die Bürger der ehemaligen Sowjetrepubliken als ersten Akt ihrer Selbständigkeit eine eigene Währung installiert? Noch fällt es den Italiener, den Spaniern und auch den Franzosen in ihrer Mehrheit leichter als den Deutschen, darauf zu verzichten. Aber wer sagt, dass das so bleiben muss, wenn die ersten handfesten Probleme auftauchen, die zwangsläufig auftauchen werden, eben weil die Volkswirtschaften noch viel zu unterschiedlich sind. Verordnete Völkerfreundschaft hat noch nie funktioniert, wie die Geschichte zeigt. Wir sollten nicht so tun, als ob wir das nicht wüssten. Nach meinem Eindruck hat Maastricht der europäischen Idee mehr geschadet als genutzt. Trotz Butterberg und Milchsee und was es da sonst noch an geographischen Missbildungen gab, war Europabegeisterung „vor Maastricht“ stärker zu spüren als danach. Jetzt stellen sich immer mehr die Frage, ob sie eine echte politische europäische Integration überhaupt wollen. Noch leise und zaghaft zwar, aber vernehmlich.

Ich werde Sie in diesem Buch nicht mit der Diskussion der einzelnen Konvergenzkriterien belasten – deren Bedeutung habe ich ausführlich in „Jetzt mal ehrlich“ dargelegt. Einen Gedanken will ich dazu aber anfügen. Die Kriterien allein sagen noch nicht sehr viel über den Gesundheitszustand einer Volkswirtschaft aus. Belgien weist in Bezug auf den Schuldenstand beängstigende Zahlen auf, dennoch käme niemand auf die Idee, nur wegen der „Sünden der Vergangenheit“ in Belgien ein stabilitätspolitisches Risiko zu sehen. Vor allem aber sollte man berücksichtigen, dass die Höhe des Defizits keinen guten Maßstab für Solidität der Finanzpolitik bzw. für die Fitness der Volkswirtschaft liefert. Entscheidend ist eine niedrige Staatsquote, die ausdrückt, dass der Staat die sogenannten Produktivkräfte nur wenig für sich beansprucht. Wer hingegen bei einer Defizitquote von Null in Lob ausbricht, lässt sich darüber hinwegtäuschen, dass damit oftmals ein aufgeblähter Staatsanteil und eine drückend hohe Steuer- und Abgabenlast einhergehen. Wann wird endlich zur Kenntnis genommen, dass dieser ganze Defizit-Quoten-Kult Steuerlasten und Staatsausgaben nur noch mehr nach oben treibt?

Wie willkürlich der einzelne angenommene Wert auch sein mag, so ist es doch andererseits keine Lösung, alle früher getroffenen Verabredungen zu Makulatur zu erklären. Damit in dieser schwierigen Integrationsphase nicht zusätzliche

Unsicherheiten auftreten, die das Projekt endgültig diskreditieren, muss ein Neuanfang her – und muss vor allem der Zeitdruck verschwinden.

Wie wird es weitergehen? Wie kann es überhaupt weitergehen? Wenn man dem Chefökonom der Dresdner Bank, Dr. Klaus Friedrich, glaubt, dann so: „Wir machen den Euro, weil wir's unterschrieben haben.“ Eine höchst unbefriedigende Perspektive. Der Terminkalender sieht vor, dass der Europarat im Mai 1998 entscheidet, wer wann an der Währungsunion teilnehmen darf – oder muss. Rein theoretisch wäre es sogar denkbar, dass die Deutschen zur Teilnahme verpflichtet würden, auch wenn sie es selbst nicht wollten. Aber vor solchen politischen Torheiten werden hoffentlich alle Beteiligten zurückschrecken.

Wenn denn mit Macht am Starttermin 1. Januar 1999 festgehalten werden soll, dann wird es auf einen Beginn mit einer kleinen Zahl teilnehmender Länder hinauslaufen. Da der Beschluss hierüber aber nur mit einer qualifizierten Mehrheit getroffen werden kann, zu der man auch diejenigen braucht, die zunächst außen vor bleiben sollen, wird man ihnen Versprechungen machen müssen. Die könnten beinhalten, dass diese Länder spätestens in zwei Jahren auch mit im Club sind. Das heißt: vor der Einführung des Euro-Geldes. Darauf könnten sich die Nachzügler ohne allzu großen Gesichtsverlust wohl einlassen. Denkbar wäre das. Wünschenswert wäre es aus den geschilderten Gründen nicht.

Während alle gebannt auf den Euro starren, spielt sich im europäischen Rahmen, nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit, eine zumindest ebenso besorgniserregende Entwicklung ab. Im Juni 1997 haben die europäischen Regierungschefs in Amsterdam einen Vertrag unterschrieben, der – kurz gesagt – die Gewaltenteilung aufhebt. Künftig kann der Europäische Rat (das sind die Regierungen der Mitgliedsstaaten) im Bereich der Innen- und Rechtspolitik Richtlinien und Verordnungen erlassen, die in der gesamten Union Geltung erlangen, ohne dass ein Parlament dazwischengeschaltet wäre. Da erklärt sich also die nach Brüssel gereiste Exekutive flugs zur Legislative, um – zurückgekehrt in ihre Heimathauptstädte – wieder zur Exekutive zu werden. Eine parlamentarische Kontrolle ist nicht mehr vorgesehen. Das bisherige Verfahren war sicherlich reformbedürftig, weil kompliziert und zeitraubend. Die Regierungen mussten nämlich ihre Beschlüsse einstimmig fassen und dann von den jeweiligen Parlamenten absegnen lassen. Das dauerte und war auch nicht sonderlich demokratisch, weil die Parlamente nur zustimmen oder ablehnen durften, ohne inhaltlich Einfluss nehmen zu können. Jetzt ist das

Einstimmigkeits- durch das Mehrheitsprinzip ersetzt, die nationalen Parlamente sind kaltgestellt, und das Europäische Parlament ist gar nicht erst einbezogen. Wenn mehr Europa nur durch weniger Demokratie erreicht werden kann, dann stimmt was nicht, dann besteht wirklich Anlass zur Sorge.

Ich hätte gerne eine Antwort auf die Frage, warum unsere Politiker in Bezug auf Europa und Euro drängen und zwingen, aber mit Blick auf so wichtige Themen wie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Steuer- und Rentenreform die Entschlossenheit vermissen lassen, mit der sie den Euro forcieren. Ist vielleicht die weitere Verwischung politischer Verantwortlichkeiten das unausgesprochene Ziel hinter der Erschaffung eines allmächtigen Polit-Giganten? Brauchen unsere nationalen Politiker einen modernen Olymp (mit Sitz in Brüssel), um sich im aufsteigenden Nebel oder Weihrauch klammheimlich aus der nationalen Verantwortung zu stehlen? Und zwar genau dort, wo es ganz besonders unter den Nägeln brennt: am Arbeitsmarkt, bei den Steuern, bei den Renten und im Gesundheitswesen? Brauchen die Politiker Europa als Ausweg?

Und nun die gleiche Botschaft andersrum – diesmal links – gestrickt: Haben die Bürger im gewachsenen Deutschland immer noch nicht begriffen, dass unser Landsmann aus Trier, Karl Marx, sehr wohl recht hatte? Allerdings in einem anderen als von ihm gemeinten Sinn: Der Konflikt besteht nicht zwischen Arbeit und Kapital, vielmehr befruchten sich diese beiden Produktivkräfte gegenseitig, wenn es niemand auf Klassenkampf anlegt. Der Konflikt besteht zwischen Marktkräften – den fleißigen, sparsamen und investierenden Arbeitsbienen sozusagen – und einer abgehobenen Politschickeria mit paneuropäischem Machttrieb. Auf dieser Schiene laufen Unterjochung, Schulmeisterei und Ausbeutung ab.

